

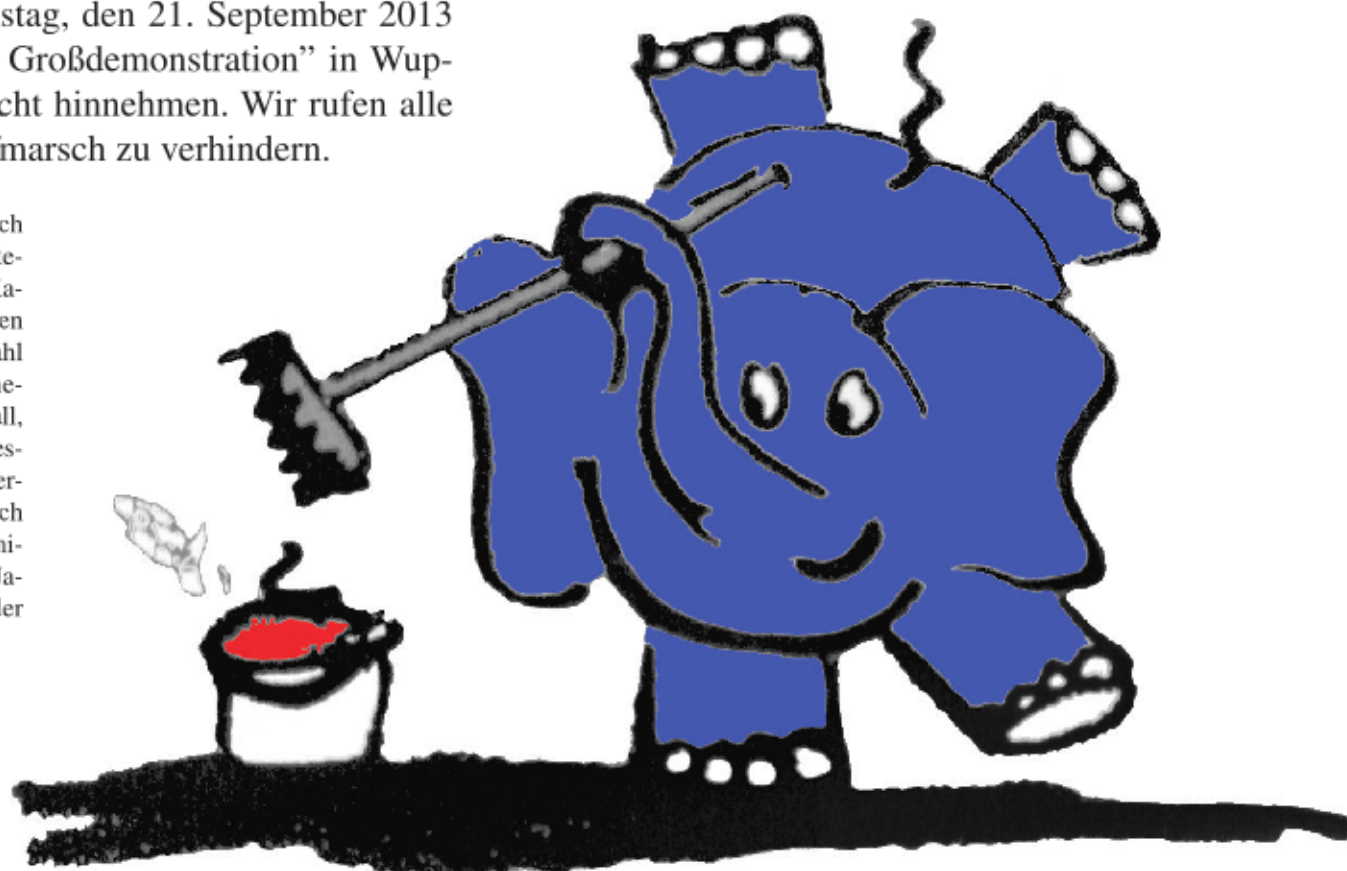
KEIN NAZIAUFMARSCH AM 21. SEPTEMBER 2013

Unter dem Motto „Es ist immer ein Angriff auf uns alle – Gegen linken Terror und antideutsche Zustände“ kündigen Nazis am Samstag, den 21. September 2013 – am Tag vor der Bundestagswahl – eine „nationale Großdemonstration“ in Wuppertal an. Diese Provokation werden wir natürlich nicht hinnehmen. Wir rufen alle Wuppertaler*innen dazu auf, gemeinsam den Naziaufmarsch zu verhindern.

Die Nazi-Demo in Wuppertal, wie auch der Aufmarsch am 31. August 2013 gegen die „Organisationsverbote“ in Dortmund, dient der militanten Nazi-Szene zur (bundesweiten) Etablierung ihrer Doppelstrategie: einerseits offen nationalsozialistisch und gewalttätig zu agieren und gleichzeitig offensiv die Privilegien einer legalen Partei auszunutzen. Letztlich laufen so auch die Forderungen eines NPD-Verbotens ins Leere, weil eine Nachfolgepartei für die NPD schon längst gegründet ist, die sich offensichtlich und bislang ungestört aus den Kadern der verbotenen Nazikameradschaften rekrutieren kann.

Anmelder des Naziaufmarsches, der für 300 Teilnehmer*innen angemeldet wurde, ist der „Die Rechte“-

Parteivorsitzende Christian Worch aus Parchim. Hinter der Demo stecken die Wuppertaler Nazis der Kameradschaft „Nationale Sozialisten Wuppertal“, die für eine Vielzahl von schwersten Straftaten (Cinimaxx-Überfall, Flohmarkt-Überfall, Schändungen von Denkmälern, Messerstechereien und schwere Körperverletzungen etc.) verantwortlich sind. Die Wuppertaler Nazis organisieren sich bekanntlich seit Ende Januar 2013 in einem Kreisverband der Neonazi-Partei „Die Rechte“.



Auch 2013 wollen die Nazis wieder zum Autonomen Zentrum marschieren, das ihnen voraussichtlich auch dieses Jahr nicht vergönnt sein wird. Als Redner werden Christian Worch, Lukas Bals vom Wuppertaler Kreisverband (früher „Nationale Sozialisten Wuppertal“), ein „parteiloser Aktivist“ aus der Pfalz, ein „Aktivist“ aus Dortmund, Paul Breuer (früher „Kameradschaft Walter Spangenberg“), Marvin Koch („Freie Kräfte Neurruppin“), Philippe Eglin aus der Schweiz, André Plum vom Aachener Kreisverband (früher „Kameradschaft Aachener Land“) sowie Manfred Breidbach, der stellvertretende DR-Kreisvorsitzende in Düsseldorf/Mettmann (früher NPD Düsseldorf/Mettmann), angekündigt. Breidbach fiel in den letzten Jahren wiederholt wegen seiner im NS-Jargon gehaltenen Reden auf.

Jetzt haben die bekennenden Nationalsozialisten in ihrer Demo-Mobilisierung einen gravierenden Fehler gemacht: Auf ihrer „Parteiseite“ bei Facebook und auf ihrer Partei-Mobilisierung für die Nazi-Demonstration am 21. September haben sie am 16. Juni 2013 für einige Stunden einen sogenannten Mobi-Track mit einem Musikstück des Nazirappers „Makss Damage“ alias Julian Fritsch gepostet. Hintergrundbild des Videos ist das offizielle Demo-Plakat. Dieses zeichnet der Wuppertaler Rene Heuke mit der Adresse Vohwinkel Str. 27 verantwortlich. In dem extra für die Wuppertaler Demo-Mobilisierung produzierten Stück „Tränengasdusche“ wird ganz unverhohlen zu Mord an politischen Gegner*innen und zur Schlacht in Wuppertal aufgerufen.

Um deutlich zu machen, mit was für einer tiefgreifenden Menschenver-

achtung und offensiver Bezugnahme auf NS-Ideologie wir es bei Julian Fritsch und seinen Wuppertaler Fans zu tun haben, werden wir nun einige Passagen des widerlichen Musikstückes „Tränengasdusche“ zitieren.

Zitate aus dem Musikstück:
„Zu uns kommen nur Motivierte! Wir bilden die Infanterie und ihr kriegt nur den durchgefickten Abfall von uns wie Marie. Achtung, wir kommen zu euch, jetzt wird es richtig deutsch, jetzt wird das K, ich meine das AZ, wieder richtig voll. Wir kommen in Unterzahl ins bunte Wuppertal. Unter der Tränengasdusche werden Wunder wahr.“ (...) *„Fickt euch! Ihr seid zum Glück bald tot, dann übernehmen wir das Ruder.“ (...)* *„Wir machen weiter und weiter, bis euer Blut in unsere Wupper fließt.“ (...)* *„Es ist immer ein Angriff auf uns alle! Kommt alle zur Schlacht von Wuppertal. Sommer 2013!“*

Nach wenigen Stunden haben die Nazis aufgrund „rechtlicher Bedenken“ den Mobi-Track von Makss Damage wieder von der parteioffiziellen Demo-Mobilisierungsseite entfernt. Die ursprüngliche Fassung kursiert aber weiterhin bei Youtube mit ausdrücklichem Hinweis auf die Mobilisierungsseite der Nazi-Demonstration.

Ein weiterer Beleg für den von der Nazi-Partei „Die Rechte“ geplanten Einsatz des Mobi-Tracks für die Demo-Mobilisierung ist das Posting des KV Düsseldorf „Die Rechte“ vom 17.6.2013. Es zeigt auch, welche Bedeutung der Songtitel „Tränengasdusche“ für bekennende Nationalsozialisten hat: unter der Überschrift „Eine Dusche für Claudia [Roth]“ heißt es: *„Und es ist nun wirklich der Lacher schlechthin, daß sie, als bekennende Anhängerin der Holocaustreligion, in eine türkische Gasdusche rennt. Und das ganze keine 24 Stunden*

nach der Veröffentlichung des neuen Hits „Tränengasdusche“ für die bald stattfindende Großdemonstration unserer Partei in Wuppertal.“

Makss Damage selbst bleibt weiter offensiv, auch wenn Youtube zeitweise seine Kanäle abschaltet. *„Jewtube hat den „Rechtsrap-support-Kanal“ gesperrt. Somit sind ALLE, auf diesem Kanal hochgeladenen Lieder gelöscht worden. Wenn die Juden glauben, dass ihnen das hilft, haben sie sich fürchterlich geschnitten. Diese Zensur zeigt nur ihre Verzweiflung. Sie wissen sich nicht mehr anders zu helfen. Ein gutes Zeichen für Rechtsrap und seine tausenden Hörer in Deutschland. Ich bin motivierter DENN JE, zum Untergang dieses Besatzerstaates beizutragen! Als Reaktion auf diesen Unterdrückungsakt, erwarten Euch in den nächsten Wochen weitere Lieder, mit denen sich die Affen rumplagen dürfen. Viel Feind, viel Ehr! Sieg!!“*

Makss Damage war früher übrigens auf der „linken Seite“ musikalisch aktiv. Seine Texte waren damals schon widerwärtig: In dem Song „Arabisches Geld“ hieß es 2010: *„Ich leite Giftgas in Siedlungen, die jüdisch sind“*. Im Februar 2011 wurde er von Axel Reitz und Kevin Koch für die Naziszene „angeworben“ und wechselte die Seite.

Reaktionen

Das Bündnis „Kein Platz für Nazis“ verfasste in Reaktion auf die Mordaufrufe einen offenen Brief an die Wuppertaler Polizeipräsidentin Birgitta Rademacher, der das Verbot der Nazi-Demonstration fordert. Mittlerweile hat die Polizei den Fall zur rechtlichen Prüfung an die Staatsanwaltschaft abgegeben. Die-

se soll prüfen, ob und inwiefern der Liedtext mit der Demo-Anmeldung in Zusammenhang steht und den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Auch die Polizeipräsidentin Rademacher musste jetzt öffentlich reagieren: *„Gemeinsam mit Rechts- und Versammlungsexperten werden wir jede Möglichkeit eines Verbotes intensiv prüfen und alle rechtlichen Wege ausschöpfen. Darauf können sich die Wuppertalerinnen und Wuppertaler verlassen“*.

Diesen vollmundigen Erklärungen sind aber bis zum Redaktionsschluss am 9. September 2013 keine Taten gefolgt. Die „Prüfer“ und die Polizeipräsidentin sind wohl in den Sommerurlaub gegangen...

Aktionskonzept 2013

Da nicht davon ausgegangen werden kann, dass der Nazi-Aufmarsch letztendlich verboten wird, haben die ersten Bündnis-Treffen bereits stattgefunden und die Vorbereitungen sind in vollem Gange.

Wie 2011 wird der Startpunkt der Nazi-Demo und die Route wahrscheinlich erst kurz vorher bekannt gegeben. Das bedeutet für alle antifaschistischen Kräfte, dass alle wieder sehr mobil sein müssen...

Das „Wuppertaler Bündnis gegen Nazis“, an dem Antifa-Strukturen beteiligt sind, veranstaltet **ab 10:00 Uhr eine Kundgebung vor den City-Arkaden und will von dort aus gemeinsam und in großen Gruppen zum Aufmarsch der Nazis ziehen**. Ebenso wurden weitere Kundgebungspunkte in der Stadt angemeldet.

Zudem gibt es – wie 2011 – wieder ein Anreisekonzept zur Verstopfung

der Anreisewege der Nazis. Dieses beinhaltet eine gemeinsame organisierte Anreise unter dem Motto „Der Weg ist das Ziel“ aus verschiedenen Städten mit dem Zug ab ca. 11:00 Uhr sowie eine Punktlandung 5 vor 12 möglichst am Auftaktort der Nazis.

Twitter für den 21. September:
<https://twitter.com/Nazisweg>

Info- & Diskussionsveranstaltung



Um über Hintergründe zu informieren und Erfahrungen mit Neonazis zu diskutieren, laden wir ein:

Mittwoch, 18.09. um 19.00 Uhr
Alte Feuerwache
Wuppertal-Elberfeld
Eintritt frei.

ReferentInnen:

Alexander Häusler (FH Düsseldorf, Arbeitsstelle Neonazismus)

Birgit Rheims (Opferberatung Rheinland)

Kutlu Yurtseven (Musiker)

Kamil und Mustafa (Jugendliche aus Wuppertal)



HINTERGRUNDINFORMATIONEN: DIE NAZI-SZENE IN WUPPERTAL

Seit knapp einem Jahr vollzieht sich – von der staatlichen Macht ungestört – in der bundesweiten Nazi-Szene eine bemerkenswerte Transformation: die Verwandlung von verbotenen Nazi-Kameradschaften in eine legale Partei.

Nachdem Ende August 2012 die Nazi-Kameradschaften „Nationaler Widerstand Dortmund“, „Kameradschaft Hamm“ und die „Kameradschaft Aachener Land“ vom Innenministerium NRW verboten wurden, sammelten sich die betroffenen Nazis umgehend in der kurz zuvor von Christian Worch gegründeten Kleinst-Partei „Die Rechte“.

Auch ohne Verbot änderten die „Nationalen Sozialisten Wuppertal“ ihr Label und gründeten am 30. Januar 2013 einen eigenen Kreisverband der „Rechten“. Zum Vorsitzenden wurde, der aus Hamm zugezogene, Matthias Drewer gewählt, der derzeit eine Haftstrafe wegen verschiedener Körperverletzungsdelikte absitzt.

2012/2013 gab es für die Wuppertaler Nazis einschneidende Veränderungen: Um Wuppertal herum wurden die befreundeten Kameradschaften in Aachen, Köln, Hamm und Dortmund verboten. Im März 2012 wurden wichtige Kader aus dem Rheinland und aus dem „Aktionsbüro Mittelrhein“ wegen krimineller Vereinigung inhaftiert, unter ihnen der Nazi-Kader Axel Reitz, Paul Breuer und Sven Skoda. Im April 2012 folgte dann die Razzia gegen den „Freundeskreis Rade“ wegen krimineller Vereinigung (Sascha Hütt, Marius Dörschel, Jack Schmitz, Jonas Ronsdorf etc.). Am 10. Mai 2012 wurde die „Kameradschaft Walter Spangenberg“, die von Axel Reitz geführt wurde und auch unter dem Label „Freie Kräfte Köln“ auftrat, vom Innenministerium NRW verboten. Am 23. August 2012 erfolgte dann das Verbot der Kameradschaften in Dortmund, Aachen und Hamm.

Die einzige größere Nazi-Struktur, die von der Polizei verschont blieb, war die Kameradschaft „Nationale Sozialisten Wuppertal“. Offensichtlich haben die Wuppertaler Nazis, trotz zum Teil schwerster Straftaten, (Cinemaxx-Überfall, übrigens Teil des 129§ Verfahrens in Koblenz, Flohmarkt-Überfall etc.) Schutzengel

beim Wuppertaler Staatsschutz und bei der Staatsanwaltschaft, die eine strafrechtliche Verfolgung verhindern. Oder ist es – wie vor 20 Jahren in Solingen – wieder der massive Einsatz von V-Leuten, der staatliches Vorgehen unmöglich macht?

Eine weitere gefährliche Entwicklung zeichnete sich im Sommer 2012 ab. Ein Teil der Nazis (Mike Dasberg, Michele Dasberg, Nikolaus Schemann, Christian Dahlhoff) hatten sich 2012 „Rocker-Klamotten“ besorgt und sich der „Bruderschaft Rheinland“, um den rechten Solinger Tätowierer Ingo Grau, angeschlossen. Die Mitglieder dieser „Bruderschaft“ waren auf zahlreichen Rocker-Partys eines Heiligenhausener MC präsent und halfen hinter der Theke aus. Noch Ende 2012 fungierte die „Bruderschaft Rheinland“ als offizieller Supporter. 2013 wurde die Internetseite der „Bruderschaft Rheinland“ plötzlich abgeschaltet und die Website des MCs „überarbeitet“. Über Nacht verschwanden so Hinweise auf die „Bruderschaft Rheinland“. Ein paar Monate später wurde aber, der am Cinemaxx-Überfall beteiligte Nazi Nikolaus Schemann, mit Ehren, in den Club aufgenommen.

Die Wuppertaler Nazi-Szene umfasst etwa 30 Personen, die guten Kontakt zum „Freundeskreis Rade“ und zu Dortmunder und Aachener Nazi-Strukturen pflegen. Die Fluktuation ist bei den Nazis auch dieses Jahr erfreulich hoch, einige Nazis (Tim Schulze-Oben, Norman Laschinski, Jack Schmitz, Nikolaus Schemann, Christian Koppelman, Patrick Prass, Fabian Mayer, Jennie Heuke und Marc Fiedler) tauchen aktuell nicht mehr bei Aufmärschen auf, auch die Nazi-Kaderin Marie Leder hat sich von den Wuppertaler Nazistrukturen abgewandt.

Auf der anderen Seite schloss sich 2012 der „Antifa“ und ehemalige Anhänger des FC Remscheid Lukas Bals den Nazis an. Bals ist mehrfach vorbestraft und musste eine



Anderes Label, gleicher Inhalt: „Nationale Sozialisten Wuppertal“ nennen sich jetzt „Die Rechte Wuppertal“

Haftstrafe absitzen. Der aus Remscheid stammende Bals war insbesondere in jungen Antifa-Gruppen in NRW unterwegs. Bals, der alle paar Monate die Stadt und die politische Identität wechselte, vertrat je nach Stimmung und Situation antideutsche oder antiimperialistische Positionen. Als „Nazi“ hetzt er jetzt auf Mobilisierungs-Videos der Nazi-Partei gegen „Überfremdung“ und „kriminelle Antifa-Banden“. Das Überlaufen von Bals wurde übrigens noch von Marie Leder eingefädelt.

Jetzt spielt Bals den führenden Partei-Aktivist, hat aber den (rechtlichen) Unterschied zwischen legaler Partei und militanter Nazi-Kameradschaft noch nicht begriffen. Insbesondere der peinliche und für die Gesamtpartei, gefährdende Fehler mit dem Makss Damage Mobilisierungs-Video geht auf Bals Kappe und könnte seine Parteikarriere gefährden. Lukas Bals übernahm wegen Kadermangel rasch die Führung der Wuppertaler Nazis und rückt auch überraschend schnell und mühelos sogar in bundesweite Nazistrukturen auf. Das dürfte den mehrfach vorbestraften Bals insbesondere für den Verfassungsschutz interessant machen.

Große Probleme machen den Wuppertaler Nazis auch die auskunftsfreudigen „Aussteiger*innen“ aus ihren eigenen Reihen. Das Verfahren gegen die kriminelle Vereinigung

„Aktionsbüro Mittelrhein“ enthüllte, dass die Nazi-Aktionen in den Jahren 2010 und 2011 in Wuppertal (Cinemaxx-Überfall, Überfall auf den Info-Stand, der Naziaufmarsch am 29. Januar 2011 etc.) Teil einer gemeinsam geplanten Nazi-Offensive der regionalen Strukturen waren. Darüber hinaus produzierte die lange U-Haft der Nazi-Kader eine Reihe von Aussteigern, die zum Teil wichtige Informationen den Behörden preisgaben und sich jetzt zum Teil in Zeug*innenschutzprogrammen des Staates befinden.

Besonders gravierend für die junge Wuppertaler Nazi-Szene war sicherlich der Ausstieg ihres politischen Idols Axel Reitz. Gefährlich wurde aber die Aussage von David Hermann aus dem „AB Mittelrhein-Verfahren“, der im Cinemaxx-Prozess die überregionale Planung des Überfalls bezeugte und zur Verurteilung der Täter beitrug.

Als dann schließlich bekannt wurde, dass auch Marie Leder ausführliche Aussagen beim Landeskriminalamt (LKA) gemacht hatte, drehten die Nazis durch: sie „rotteten“ sich vor Leders neuer Wohnung zusammen, um sie von ihrer Aussage vor Gericht abzubringen, und schrecken dabei nicht einmal von Mord- und Vergewaltigungsdrohungen zurück.

Nazis wollen in Wuppertal in die Offensive gehen

Dennoch wollen die Wuppertaler Nazis, in dem sie den Wahlkampf-Abschluss von „die Rechte“ organisieren ihre Bedeutung überregional stärken und in Wuppertal wieder eine, auch vorher groß angekündigte Offensive starten. Die Dortmunder Nazis unterstützen die Wuppertaler seit geraumer Zeit personell, sowie mit einem Lautsprecherwagen bei vielen ihrer Aktionen. Ob Worch, die Entscheidung Wuppertal für die gesamte Nazi-Organisation so hoch zu hängen, immer noch gut heißt, ist, in Anbetracht des beschriebenen Dilettantismus der Wuppertaler Kader, fraglich. Dazu kommt, dass die Wuppertaler Nazis inhaltlich schwach sind.

In Wuppertal gibt es nur zwei Themen, die die Wuppertaler Nazis interessieren: die angebliche Gewalt durch Linke und „Ausländer“ und die Verherrlichung des Nationalsozialismus. Beim zweiten Thema sind die Nazis so ahnungslos, dass es verwundert, dass die Wuppertaler Nazi-Kader überhaupt überregional „mitspielen“ dürfen: Sie erscheinen bei allen NS-verherrlichenden Nazidemos bundesweit, haben aber keinerlei Kenntnis über die lokale

„Nationale Sozialisten Wuppertal“ (jetzt: „Die Rechte Wuppertal“) - Einige der aktiven Neonazis:

Mike Dasberg



Daniel Borchert



Rene Heuke



Yvonne Faust



Tobias Maczewski





Kevin Koch



Ricarda Kleist



Sascha Pohlmann



Lukas Bals



Natalie Märtens

Geschichte. Ihre politische Schwäche und die mangelnde lokale Verankerung machte sich besonders am 70. Jahrestag der Bombardierung Wuppertal Barmens bemerkbar: während die Wuppertaler Nazis bundesweit auf alle Demos zur Betrauerung der deutschen Bombenopfer pilgern, ist ihnen der Wuppertaler Jahrestag überhaupt nicht bekannt gewesen. Während Antifaschist*innen mit Nazi-Aktionen rechneten und die Friedhöfe und die Innenstadt beobachteten, fuhren die Nazis zum „Trauern“ in eine Großraumdisco nach Hagen und wurden in der Nacht des Jahrestages betrunken und laut grölend von der Polizei aufgegriffen und ins Polizeipräsidium verfrachtet.

Dies macht deutlich, dass die Nazis trotz relativ ungebrochenem Aktivismus angeschlagen sind: speziell in Wuppertal kann ein misslungener Nazi-Aufmarsch auch längerfristig einiges bewirken.

Kein Platz für Nazis

Erfreulich ist, dass die langjährigen Bemühungen von Antifaschist*innen der Wuppertaler Öffentlichkeit die lokalen Nazis mit antifaschistischen Bildmappen vorzustellen, immer mehr Früchte tragen. Vor Kurzem wurden Nazis von Passant*innen in der Elberfelder Innenstadt mit dem Ruf „Das sind ja Nazis“ erkannt. Die Nazis verdrückten sich dann ängstlich in eine Kneipe, von wo sie dann vermutlich die Polizei riefen... (Quelle: Polizeipresse)

Egal, wo die Nazis auftauchen, auf der Hardt (Parkanlage in Elberfeld), auf dem Elberfelder Cocktail oder sogar beim Hahnerberger Feuerwehrfest im Stadtteil Cronenberg werden sie entdeckt und – meist höflich – aufgefordert zu verschwinden. Außerdem sind die Nazis in vielen Gaststätten im Stadtgebiet nicht erwünscht.

Erstaunlich ist auch eine weitere Entwicklung: die Nazis, die ja vorgeben

den „BRD“-Staat so sehr zu hassen, laufen nach jeder Begegnung mit Antifaschist*innen und Fußballfans zur Polizei und stellen Strafanzeigen wegen angeblicher Körperverletzung, Beleidigung etc. Dabei schrecken sie auch nicht vor Falschaussagen und falschen Beschuldigungen zurück.

Notwendigkeit der Ausweitung des antifaschistischen Kampfes

Wenn wir uns zum Beispiel die Situation in Griechenland anschauen, wird deutlich, dass die brutale Absenkung des Lebensstandards und die völlige Prekarisierung des Lebens eben nicht nur zu massivem Widerstand führen, sondern auch zu einem Erstarren von faschistischen Parteien und Strukturen. Dann können wir erahnen, warum Nazi-Strukturen sich auch in NRW seit Jahren Stück für Stück festigen können.

Das bedeutet, dass wir neben dem notwendigen, breit aufgestellten und militanten antifaschistischen Kampf den Nazis nicht die soziale Frage überlassen dürfen.

Deshalb müssen wir uns massiv in die Auseinandersetzungen gegen beschissene Arbeitsbedingungen und schikanöse, entwürdigende Verhältnisse in den Job-Centern einbringen und im Zweifel diese eben auch anstoßen.

Von den alltäglichen Zumutungen sind besonders Frauen und Migrant*innen betroffen. Das wird sehr deutlich, wenn wir schauen, welche Menschen am häufigsten die Drecksarbeit machen, welche am häufigsten zum Job-Center müssen, welche sexistischen und rassistischen Beleidigungen und Übergriffen im Alltag ausgesetzt sind. Gegen die Nazi-Hetze von der angeblichen „Überfremdung“ und von der „Ausländerkriminalität“ müssen wir Solidarität untereinander organisieren.

Liebesgrüße aus dem Bergischen Land

Kommt am 21. September 2013 nach Wuppertal. NAZIPACK VERJAGEN!

Treffpunkt für Wuppertal: 10 Uhr - City-Arkaden | Gemeinsame Anreise aus den Städten ab ca. 11 Uhr

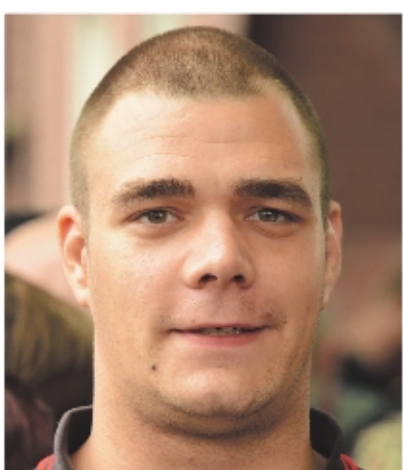
www.wuppertal-dichtmachen.de
www.wuppertal-gegen-rechts.de
antifacafewuppertal.blogspot.eu

Weitere Informationen

<http://www.wuppertal-dichtmachen.de>
<http://www.wuppertal-gegen-nazis.de>
<http://antifacafewuppertal.blogspot.eu>
<http://www.wuppertal-gegen-rechts.de>
<http://keinbierfuemazis.noblogs.org>

Seite gegen Naziaufmarsch am 21. September
Kampagne „Kein Ort für Nazis“
Antifa-Cafe Wuppertal
Wuppertaler Bündnis gegen Nazis
Kampagne „Kein Bier - Kein Platz für Nazis“

Sven Lutenmann



Goumy Kotronis



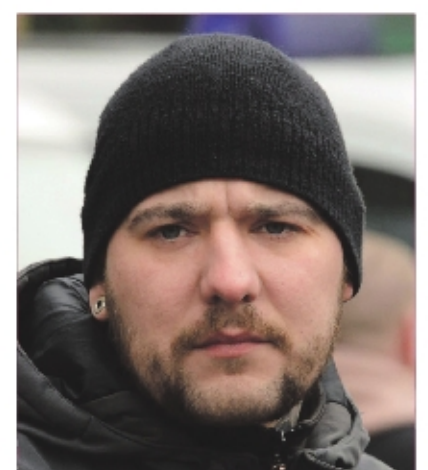
Dennis Kristmann



Thomas Dahm



Michele Dasberg





LAMPEDUSA IST ÜBERALL

20 Jahre nach ihrer Einführung gerät die Drittstaatenregelung unter Druck.

Ende Mai 1993 wurde in Deutschland das Grundrecht auf Asyl de facto abgeschafft. Der zwischen CDU/CSU und SPD vereinbarte, sogenannte Asylkompromiss beinhaltete verschiedene Facetten, wie z.B. die Flughafenschnellverfahren oder die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Der flüchtlings- und europapolitisch cleverste Schachzug der Bundesregierung jedoch war sicherlich die Entscheidung, Deutschland mit „sicheren Drittstaaten“ zu umgeben. Dieses Prinzip besagt, dass Flüchtlinge, die über ein als sicherer Drittstaat klassifiziertes Land eingereist sind, umgehend wieder dorthin zurückgeschickt werden können, da dieser Staat als zuständig für das Asylverfahren bestimmt wird. Deutschland ist somit seine Verantwortung los, ohne dafür direkt offiziell die Genfer Flüchtlingskonvention aufkündigen zu müssen.

Im Laufe der Jahre wurde diese Regelung perfektioniert, ausgebaut und vor allem europäisiert. Heute wird die ausgefeilte Regelung als Dublin-II-System bezeichnet und gilt für alle EU-Staaten sowie die Schweiz und Norwegen. Das Prinzip ist heute dasselbe wie 1993: Deutschland schiebt zuerst seine Verantwortung für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen auf andere Staaten ab und danach die Flüchtlinge selbst, die es trotz zahlreicher Hürden geschafft haben, in Deutschland einen Asylantrag zu stellen. Inzwischen ist jede dritte Abschiebung eine Dublin-II-Abschiebung, Tendenz steigend.

Dabei sind die Zustände in den Ländern an den europäischen Außengrenzen der blanke Horror. Abschiebungen nach Griechenland sind seit 2011 weitgehend ausgesetzt, weil die Gerichte immer mehr Abschiebun-

gen stoppten. Die unmenschlichen Zustände in griechischen Internierungslagern und Knästen, in denen auch Minderjährige oft monatelang und manchmal Jahre eingesperrt werden, und die Tatsache, dass das griechische Asylsystem praktisch nicht existent ist – all das lässt sich inzwischen nicht mehr abstreiten. Außerdem leben in Griechenland zigtausende Migrant*innen obdachlos in den Parks und auf der Straße, wo sie nicht nur Hunger und Kälte, sondern in Folge der Wirtschaftskrise auch zunehmenden Angriffen durch die faschistische Partei Chrysi Avgi („Goldene Morgenröte“) ausgesetzt sind.

Malta wurde im Juli 2013 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verurteilt; geklagt hatte eine somalische Flüchtlingsfrau, die 2011 schwanger aus den Niederlanden nach Malta abgeschoben und dort anderthalb Jahre unter übelsten Bedingungen inhaftiert worden war. In der Haft hatte sie ihr Kind verloren. Ebenfalls im Juli untersagte der EGMR der maltesischen Regierung per Eilentscheidung, hunderte gestrandete Schutz- und Asylsuchende aus Afrika mit Charterflügen direkt nach Libyen abzuschicken.

In etlichen Ländern, wie beispielsweise Zypern oder Ungarn, existiert kein wirklicher Flüchtlingsschutz; Asylsuchende werden ohne jegliche Überprüfung ihres Asylantrags in Länder wie Iran, Syrien oder Serbien abgeschoben.

Ungarn sperrt Asylbewerber*innen zudem monatelang ein, sobald sie dort einen Asylantrag stellen. Abschiebehaft dauert noch länger. Auch Menschen, die über Dublin-II-Abschiebungen ins Land gekommen sind, und selbst anerkannte Flüchtlinge werden eingesperrt. Andere anerkannte Flüchtlinge leben auf der

Straße, weil es in Ungarn keinerlei Integrationsprogramme gibt, keine Sozialleistungen, keine Sprachkurse und erst recht keine Arbeit.

Vordergründig könnte man die hohen Flüchtlingszahlen an den EU-Außengrenzen für die katastrophale Lage verantwortlich machen: Allein in Malta strandeten im ersten Halbjahr 2013 bereits 1000 Flüchtlinge, in Italien 8000, im krisengeschüttelten Griechenland 6000. Tatsächlich liegt die Ursache aber in einer Mischung verschiedener Faktoren: Da ist zum einen die wirtschaftliche und soziale Krise in den süd- und südosteuropäischen Ländern, zum anderen der Rassismus und der Unwillen der jeweiligen Regierungen und Behörden. Ausschlaggebend ist aber sicherlich das Dublin-II-System, das die Migrant*innen an den EU-Außengrenzen festsetzt.

Inzwischen sehen auch die gebeutelten Krisenstaaten nicht mehr ein, dass sie den kerneuropäischen Staaten, vor allem Frankreich und Deutschland, den Rücken frei halten sollen: Italien drückte im Herbst 2012 hundert von anerkannten Flüchtlingen aus Libyen Reisedokumente in die Hand und schickte sie nach Norden, damit sie anderswo ein besseres Leben finden. Etwa dreihundert dieser Flüchtlinge begannen im April einen Protest unter dem Label „Lampedusa in Hamburg“. Sie kommen ursprünglich aus verschiedenen afrikanischen Ländern und haben zuletzt in Libyen gelebt und gearbeitet. Keiner von ihnen hatte die Absicht, nach Europa zu migrieren. Mit Ausbruch des Bürgerkriegs in Libyen sahen sie sich aber gezwungen, vor den Bomben und den rassistischen Übergriffen gegen Schwarze über das Mittelmeer zu flüchten. Nachdem Italien deutlich gemacht hat, dass es sie weder integrieren kann noch will, fordern sie jetzt ein politisches Bleiberecht in

Deutschland als Kriegsflüchtlinge gemäß Paragraph 23 des Aufenthaltsgesetzes. Für diese Forderung demonstrierten am 17. August in Hamburg 4.000 Menschen.

Andere Flüchtlinge, die im August neu in Lampedusa angekommen waren, weigerten sich, ihre Fingerabdrücke abzugeben, um nicht später mit dem EURODAC-System (europäische Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken) identifiziert und nach Italien zurückgeschoben werden zu können. Die italienischen Behörden gaben schließlich nach und transferierten sie ohne Abgabe von Fingerabdrücken auf das italienische Festland.

Im Juni kamen etwa 70 afghanische Flüchtlinge, darunter viele Familien, aus dem Lager Bicske bei Budapest nach Karlsruhe und stellten dort neue Asylanträge. Sie wollen ein neues Asylverfahren in Deutschland, obwohl sie in Ungarn bereits anerkannt sind – dort lebten sie aber ohne jede Unterstützung auf der Straße.

Währenddessen treten im Abschiebeknast Nyírbátor in Ungarn etwa hundert Flüchtlinge für ihre Freiheit und gegen ihre brutale Behandlung in Ungarn in den Hungerstreik. Genauso wie im brandenburgischen Abschiebeknast Eisenhüttenstadt, wo Flüchtlinge gegen ihre Abschiebung nach Polen protestieren.

Mehrfach wurden zudem in den letzten Wochen Dublin-II Abschiebungen nach Ungarn verhindert, die von couragierten Passagieren in letzter Minute gestoppt werden konnten. So beispielsweise der pakistanische Flüchtling Usman Manir, der nach seiner verhinderten Abschiebung Ende Juli aus der Haft in Eisenhüttenstadt entlassen wurde, nachdem das Verwaltungsgericht erhebliche

Mängel im ungarischen Asylsystem sah und daher einen Eilantrag positiv beschied.

Tatsächlich scheint es so, als ob das Dublin-II-System und damit insbesondere die Bundesregierung von allen Seiten unter Druck geraten. Der gleichzeitige Widerstand auf allen Ebenen, insbesondere von Flüchtlingen innerhalb und außerhalb Deutschlands, wächst. Und mit ihm der Zweifel, ob ein solch abartiges und brutales Abschottungs- und Abschreckungssystem sich dauerhaft durchsetzen kann. Selbst der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, der FDP-Politiker Markus Löning, hegt Zweifel: „Ich glaube, dass wir bei den Flüchtlingen nicht alleine auf die Ankunftsländer setzen können“, sagte er im Juli dem ARD-Magazin „Report Mainz“.

Im Augenblick sieht es nicht danach aus, dass es eine politische Kehrtwende geben wird. Aber auch der Druck auf die deutsche Regierung wird nicht nachlassen. Zu stark ist vor allem die Entschlossenheit der Flüchtlinge, die ihr Recht auf ein besseres Leben in Würde einfordern.

Quellen:

FR-Online: Flüchtlinge in der EU: Gefängnis statt Hilfe für Flüchtlinge (von Ursula Rüssmann)

<http://lampedusa-in-hamburg.tk>
<http://w2eu.net>
<http://migszol.com>
<http://bordermonitoring.eu>

ÜBERALL IST TAKSIM, ÜBERALL IST WIDERSTAND!

Als im April dieses Jahres bei einem Musikfestival das erste Mal urbaner Protest gegen die Umwandlung des Istanbul-Gezi-Parks öffentlich wurde, war dies ein Ereignis, das außerhalb der Stadt von kaum jemandem wahrgenommen wurde. Selbst für Aktivist*innen der «Recht auf Stadt»-Bewegung war der Park in der Nähe des Taksim-Platzes zunächst nur ein weiteres innerstädtisches Konfliktfeld einer von massivem Umbau und Verdrängung gezeichneten Stadt. Zuvor hatte es bereits Proteste gegen eine dritte Bosphorusbrücke oder den Abriss des «Emek»-Kinos gegeben, die jeweils letztlich verloren wurden. Im April 2013 konnte niemand ahnen, dass aus dem Kampf um einen kleinen Park etwas entstehen würde, was die politische Landschaft nicht nur in der Türkei verändern würde.

Mit der ersten Räumung des Parks am 31. Mai – zwei Tage, nachdem er im Rahmen einer Blockade von Bauarbeitern besetzt worden war – wurde eine Dynamik in Gang gesetzt, die weit über Istanbul hinaus wirkt. Binnen weniger Stunden gingen über die sozialen Netzwerke an jenem Tag Nachrichten vom brutalen Vorgehen der türkischen Polizei um die Welt. Schnell beherrschten Bilder von bis dahin kaum vorstellbaren Gasangriffen auf Demonstrierende und von rücksichtslos operierenden gepanzerten Mercedes-Wasserwerfern die Timelines und Postings – lange, bevor die klassischen Medien darüber berichteten.

Nachdem der Park am Folgetag ein zweites Mal besetzt worden war, be-

gan eine zweite Phase der Proteste. Sie schlossen an, wurden zur Massenbewegung. Und es entstand eine Art «Kommune» im Park und auf dem benachbarten Taksim-Platz, in der für einige Tage uralte Ideale aller Umstürze umgesetzt schienen. Die von der Rückeroberung des öffentlichen Raums geprägte, euphorische Atmosphäre führte zu einzigartigen sozialen Experimenten. Und sie war in der Lage, alte Konflikte zu beenden. Im Gezi-Park und auf dem Taksim verschränkten sich Themen und Agierende in zuvor kaum für möglich gehaltener Weise. Junge, zuvor oft als «unpolitisch» wahrgenommene Aktivist*innen, alte, organisationserfahrene Revolutionär*innen, «antikapitalistische Muslime», Aktivist*innen der Schwulen- und Lesbenbewegung, Feministinnen, Künstler*innen und Straßenkinder agierten gemeinsam. Selbst die das Land oft prägenden

Konflikte der vielfältigen Nationalitäten verflüchtigten sich: Alewitische, kurdische und türkische Aktivist*innen demonstrierten und arbeiteten gemeinsam.

Das Experiment endete am 15. Juni. Die an diesem Abend erfolgte zweite, noch brutālere Räumung des Platzes und des Parks katapultierte die Ereignisse in Istanbul auch in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Die folgenden Auseinandersetzungen an den Barrikaden und in den Straßen rund um den Taksim wurden vom TV in die Wohnzimmer übertragen. Fast unbemerkt blieb dabei, dass sich der Protest in alle türkischen Städte ausbreitete. Millionen von Menschen aller Nationalitäten und verschiedenster Gruppen und Organisationen leisteten für Tage erbitterten Widerstand gegen einen immer hemmungsloser agierenden Staatsapparat.

Nach fünf Toten, tausenden Verletzten und hunderten von Verhafteten schien der Aufstand in den letzten Wochen an Kraft zu verlieren. Doch das sieht nur an der Oberfläche so aus. Die Proteste haben sich verlagert – weg von den zentralen Orten, hinein in die Stadtviertel der Städte. Inzwischen finden in 93 kleineren Parks türkischer Städte regelmäßige Stadtteilversammlungen statt, in denen die Bewohner*innen den im Gezi-Park begonnenen Weg fortsetzen. Sie thematisieren ihre Probleme, organisieren sich gemeinsam gegen Projekte des Stadtbbaus und gewinnen Autonomie zurück. Diese von den großen Medien kaum wahrgenommenen Entwicklungen werden nach dem Hochsommer auch wieder in Protesten auf den Straßen sichtbar werden. Dessen waren sich die bei einer Tagung am 25. August in Wuppertal berichtenden Aktivist*innen

aus Istanbul sicher. Sie begründeten diese Zuversicht mit der Erfahrung des Spektrums übergreifenden Widerstands der letzten Monate und der explosionsartigen Politisierung einer ganzen Gesellschaft. Das Netzwerk Müstereklerimiz («Unsere Commons») beschreibt das so:

«Wir haben eine Seite an uns entdeckt, die wir nie zuvor gekannt hatten. Wir haben sie nicht nur wahrgenommen: Wir haben sie alle zusammen erzeugt.»

In abgeschwächter Form kann dies auch für Wuppertal gelten. Auch hier gingen im Rahmen mehrerer spontaner Solidaritätsdemonstrationen tausende Menschen zusammen auf die Straße; am 16. Juni waren es beispielsweise mehr als 2.000. Auch hier waren es alte, erfahrene Aktivist*innen und junge Unorganisierte, die gemeinsam ihren Zorn über das Vorgehen des Erdogan-Regimes artikulierten. Auch für die hier lebenden Menschen mit türkischen, kurdischen oder alewitischen Wurzeln war das gemeinsame Agieren, dem sich im Laufe der Zeit auch immer mehr «Deutsche» anschlossen, eine euphorisierende Erfahrung. Es wäre sehr schön, wenn daraus auch für hiesige Auseinandersetzungen eine neue Qualität des gemeinsamen Kampfes um unsere Stadt, für ein besseres Leben und gegen Nazis entstehen könnte. So, wie es das Netzwerk Müstereklerimiz am Ende seines Textes formuliert: «Wir stehen am Anfang, aber wir werden an dieser Stelle nicht enden. Wir gehen mit geduldiger Eile voran. Dies ist erst der Anfang, der Kampf geht weiter.»



UND DANN IST AUCH NOCH DER STROM WEG...

Viele Menschen in Deutschland sind mittlerweile von der sogenannten Energiearmut betroffen und somit weit davon entfernt, ein halbwegs würdevolles Leben führen zu können.

Seit gut zehn Jahren steigen Strom- und Gaspreise kontinuierlich, was dazu führt, dass Energie für immer mehr Menschen unbezahlbar wird. Gerade Menschen mit wenig Geld kann das doppelt treffen, da sie häufig veraltete und wenig effiziente Haushaltsgeräte benutzen müssen, die sehr viel mehr Strom verbrauchen als neuere. Hinzu kommt, dass Geringverdiener*innen und Hartz IV-Bezieher*innen häufig nicht in anständig wärmeisolierten Wohnungen leben. Die sogenannte Energiearmut trifft also besonders häufig diejenigen, die bereits von allgemeiner Armut betroffen sind.

Im Jahr 2012 wurde in Deutschland über 300.000 Menschen der Strom abgestellt; das bedeutet, das Licht ging aus, Essen, Wasser und Wohnung blieben kalt. Sechs Millionen Menschen wurde im gleichen Jahr angeordnet, dass ihnen der Strom gekappt wird. Es ist zu vermuten, dass sich viele über Verschuldung oder durch den Verzicht auf andere elementare Dinge den Strom gerade noch leisten konnten. Durch Stromsperrungen kam es auch schon zu tödlichen Unfällen, weil sich die betroffenen Menschen mit zum Teil gefährlichen Mitteln selbst helfen mussten.

Doch warum wird der Strom immer teurer? Ein wichtiger Punkt ist sicherlich, dass die vier Energieriesen Vattenfall, RWE, E.ON und EnBW den Markt in Deutschland weitgehend unter sich aufgeteilt haben und die Preise monopolistisch gestalten können. Aber auch die Bundesregierung bestimmt zum Nachteil armer Menschen mit. So führt beispielsweise eine Sonderregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) dazu, dass Großunternehmen wie Aldi oder AXA den Strom zu günstigeren Konditionen erhalten und Privatverbraucher somit deren Strombedarf mitfinanzieren.

Ein besonderes Problem für Hartz IV-Bezieher*innen stellen die ALG-II-Regelsätze für Strom dar, die nach einer Untersuchung der Caritas um 27% zu niedrig angesetzt sind. „Allein lebende ALG-II-Berechtigte sitzen deshalb in der Klemme zwischen den steigenden Stromkosten und dem Fakt, sich zu Hause aufhaltend mehr Strom als Erwerbstätige verbrauchen zu müssen. Trotzdem liegt ihr Jahresverbrauch ungefähr bei 1450 kWh. Obwohl dies erheblich weniger als der Durchschnitt deutscher Haushalte mit jährlichen 2200 kWh ist, kann ein Stromsparhaushalt mit 1200 kWh/Jahr nicht erreicht werden.“ („Runder

Tisch gegen Erwerbslosigkeit und soziale Ausgrenzung“)

Die Situation in Wuppertal

Wie so oft, wenn es um Armut geht, belegt Wuppertal, wie bei Erwerbslosigkeit, privater Verschuldung und Niedriglohnjobs auch bei Stromsperrungen einen Spitzenplatz. Die Wuppertaler Stadtwerke (WSW) drehten im letzten Jahr in 3.389 Fällen den Strom ab, wie aus der Antwort auf eine Anfrage der Linksfraction im Stadtrat hervorgeht.

Auch das Bündnis „Unsere WSW“ moniert die rüde Sperrpraxis und die undurchsichtigen Mahnverfahren der WSW. Zudem führe der kommunale Energieversorger keinerlei Härtefallprüfung durch. Die Masse an Stromsperrungen und die Rücksichtslosigkeit, mit der Menschen etwas so existentielles wie Strom vorenthalten wird, erscheinen umso skandalöser vor dem Hintergrund, dass sich die Führungskräfte der angeblich so klammen Stadtwerke noch 2011 eine fette Erhöhung ihrer Bezüge genehmigten: Nach Recherchen der Westdeutschen Zeitung (WZ) erhalten die Vorstände der Stadtwerke folgende Bezüge: Andreas Feicht, 323.000€ im Jahr, Wolfgang Herkenberg 257.000€, Peter Storch 245.000€, Markus Schlomski 270.000€, Ulrich Jaeger 192.000€. Da die Summen offensichtlich nicht ausreichen, griff der Aufsichtsrat der WSW noch einmal kräftig in die Kasse und setzte durch, dass die Vorstandsmitglieder eine erfolgsabhängige Vergütung zusätzlich zum Grundgehalt erhalten. Die Erhöhung soll 20% für den Vorstandsvorsitzenden Andreas Feicht und fünf Prozent für die anderen Vorstandsmitglieder

betragen. Ob und wann die Erfolgsbezüge ausbezahlt wird, hängt vom Erfolg der Stadtwerke ab...

Ob die zahlreichen Gaspreis- und Strompreiserhöhungen, die schlechten Löhne der Busfahrer*innen und die hohen Fahrpreise dabei wohl als Erfolg gewertet werden?

Was tun gegen Stromsperrungen und gigantische Energiepreise?

Wie bei allen Fragen, die in Wuppertal so stark auf den Nägeln brennen, wie unzureichende Hartz-IV-Sätze, die private Verschuldung und die miese Ausbeutung in den über 60 Zeitarbeitsfirmen im Tal, können sich die Betroffenen nicht auf irgendeine großartige Unterstützung von Politiker*innen verlassen. Jedoch gibt es den sehr engagierten Sozialberatungs-Verein „Tacheles e.V.“, der konkrete Beratung anbietet und viele Menschen unterstützt. Doch auch Tacheles kann nicht die Gegenwehr der Armen und Ausgebeuteten ersetzen.

Doch wie und wo ansetzen?

Das Anfang des Jahres gegründete Bündnis „Unsere WSW“ thematisierte im April 2013 bei einer großen Versammlung im Wuppertaler Rathaus u.a. auch Stromsperrungen. Die Veranstaltung konnte zeigen, dass das Verhalten der WSW durchaus in Medien wie der WZ und der Wuppertaler Rundschau breit thematisiert werden kann und dadurch auch Druck auf die Stadtwerke entsteht, es gibt also Hoffnung. Langfristig kann es aber nicht bei solchen löblichen Versammlungen bleiben; der Druck

muss auch von der Straße kommen. Denkbar wäre außerdem, dass sich Nachbar*innen zusammenschließen und Stromsperrungen nicht zulassen, denn diese können durchaus als menschenrechtswidrig bezeichnet werden. Auf längere Sicht wäre es zu überlegen, ob Bürger*innen sich nicht mit kleinen Kraftwerken, Windrädern oder Solarzellen selber um die Stromerzeugung kümmern könnten. Diese Variante verspricht nicht nur größere Unabhängigkeit vom Strommarkt mit seinen Energiegiganten, auch ökologisch wäre das vermutlich sinnvoller als Mega-Kohlekraftwerke zu betreiben, wie es auch die WSW in Wilhelmshaven machen.

Um den politischen Druck zu erhöhen und konkrete Bedürfnisse befriedigen zu können, fordert z.B. das Bündnis „Runder Tisch gegen Erwerbslosigkeit und soziale Ausgrenzung“ u.a. die umgehende Übernahme der vollen Wohnkosten (bei Modernisierungen, Energiesanierungen, Passivhaussozialbauten) durch Sozialleistungsträger. Weiter sei es notwendig, dass es zur Einleitung von Maßnahmen zur Rekommunalisierung der Energieversorgung oder ihrer Überführung in Eigentum der öffentlichen Hand komme. Das mache es möglich, einen Sozialtarif von 1.000 freien kWh für alle privaten Haushalte als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Außerdem ist der „Runde Tisch“ der Meinung, die Anhebung der Grundsicherung auf 1500€ mit vollen Strom- und Wohnkosten, Kranken- und Rentenversicherung und die Befreiung von Arbeitszwang, Bedürftigkeitsprüfung und Sanktionen sei notwendig. *Es gibt also einige Ansätze, die es nun breit zu diskutieren gilt, um dann konkrete Schritte zur Bekämpfung der Energiearmut zu unternehmen.*

SOZIALE KÄMPFE IN WUPPERTAL

Aus unserer Sicht ist es auffällig, dass Nazis und Rassist*innen gerade dann versuchen, in die Offensive zu gehen, wenn die soziale Situation vieler Menschen miserabel ist. Ein sehr erschreckendes Beispiel ist hier Griechenland, wo parallel zur Verschärfung der Krise die faschistische Partei "Goldene Morgenröte" massiv an Stärke gewonnen hat. Das macht sehr deutlich, wie eng (Anti)Faschismus und die soziale Frage zusammenhängen. Die soziale Frage ist wiederum nicht trennbar von Rassismus und Sexismus.

Um einen kurzen Blick auf die soziale Lage in Wuppertal zu werfen und auch um über praktische Ansatzpunkte zu sprechen, haben wir ein kleines Interview mit einem Aktivist*in geführt, der im Antifabereich aktiv ist und gleichzeitig sozialpolitische Kampagnen, etwa gegen die Hartz-IV-Gesetze oder gegen Stromsperrungen, mitorganisiert (hat).

Hallo, du bist über die Jahre an vielen sozialen Auseinandersetzungen in Wuppertal beteiligt gewesen. Bitte stell' dich doch mal kurz vor. Ja, ich bin von der alten Gruppe "Agenturschluss", die 2003/2004 die Proteste gegen die Einführung von Hartz IV mitorganisiert hat. Wir haben die Agenturschluss-Aktionen und 1€-Job-Spaziergänge gemacht und mit Tacheles zusammen den Zahltag in Wuppertal eingeführt, bei dem wir in den Jobcentern den Sachbearbeiter*innen auf den Leib rücken und versuchen, unsere Ansprüche gemeinsam durchzusetzen. Wir sind auch in vielen anderen Bereichen tätig und beteiligen uns an anderen sozialen Auseinandersetzungen, weil wir selbst auch von Hartz IV betroffen sind, wenig Geld verdienen und prekäre Jobs haben.

Vielleicht mal quer durchs Blumenbeet - was gibt es in Wuppertal an speziellen Problemen? Was macht Wuppertaler*innen besonders zu schaffen oder brennt ihnen besonders auf den Nägeln?

Die Probleme in Wuppertal sind sehr vielschichtig. Wir haben hier erstmal um die 350.000 Einwohner*innen und davon beziehen fast 40.000 Hartz IV! Viele Wuppertaler*innen sind zudem privat hochverschuldet und wurden vielfach zum Offenbarungseid gezwungen. Die Strompreise explodieren, immer mehr Haushalte werden der Strom abgeklemmt! In Wuppertal müssen schon jetzt mehr als 3000 Menschen trotz Rente jobben. Es gibt über 7000 Aufstocker*innen, also Menschen, die trotz Lohnarbeit zum Amt gehen müssen.

Auch in Wuppertal ist die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnissen stark gestiegen. Gleichzeitig werden ständig Betriebe geschlossen, reguläre Arbeitsplätze vernichtet und Leute entlassen. Da kräht leider kein Hahn

nach, da es meist kleinere Betriebe trifft. Da haben die Leute, die ihre Jobs verloren haben, wenig Verhandlungsmacht. Anders sieht es meiner Meinung nach für die Kolleg*innen von Schaeffler aus. Sie sind mit 1.500 Beschäftigten noch eine betriebliche Macht und könnten daher - auch mit Unterstützung der Wuppertaler Zivilgesellschaft - einen Kampf hinkriegen.

Wuppertal ist ja auch eine Hochburg der privaten Verschuldung. Was bekommt ihr davon mit?

Sehr viele Menschen sind durch den Verlust des Arbeitsplatzes in eine finanzielle Schieflage geraten und werden nun von Gerichtsvollzieher*innen bedrängt. In den meisten Fällen können die Menschen kaum mehr aus den Schulden raus kommen. Daher müssen wir uns wie in Griechenland und anderswo einen allgemeinen Schuldenerlass erkämpfen. Es ist nämlich kaum möglich und auch nicht hinnehmbar, dass Menschen für den Rest ihres Lebens von Gerichtsvollzieher*innen gepiesackt werden, immer neue Geldstrafen hinzubekommen und im Gefängnis verschwinden, wegen Schwarzfahrens usw. Es hängt eben alles miteinander zusammen: Die Leute können sich das Sozialticket nicht leisten, dann werden sie als Schwarzfahrer*innen gejagt und letztlich ins Gefängnis gesteckt. Viele Gefängnisplätze sind belegt durch Schwarzfahrer*innen. Das ist natürlich ungeheuerlich.

Ein großes Problem sind auch die zahlreichen Stromsperrungen in Wuppertal. Was kannst du darüber berichten?

Viele Leute mit wenig Einkommen, Rentner*innen, Prekärbeschäftigte, Studierende und Hartz IV-Bezieher*innen

können die viel zu hohen Strompreise nicht mehr zahlen, was dazu führt, dass sie dann keinen Strom mehr haben. Das ist gerade im Winter sehr schlecht, vor allem, wenn es, wie so oft, Familien mit Kindern betrifft. Sie können dann nicht mehr heizen, nicht mehr kochen, haben kein Licht mehr und so weiter.

Daher wollen wir langfristig in den Stadtteilen Strukturen schaffen, mit denen versucht werden soll, Stromsperrungen zu verhindern. Wir wollen nicht nur beraten, sondern konkret helfen, wenn es darum geht, dass der Strom abgestellt wird. Eine Idee ist es, Telefonketten zu bilden und mit Nachbar*innen und Freund*innen gemeinsam vor Ort zu sein und die Stromsperrung zu verhindern.

Mit handfester Solidarität machen wir spätestens seit dem Zahltag gute Erfahrungen. Immer dann, wenn wir mit vielen Leuten im Jobcenter sind und uns gegenseitig unterstützen, stellen wir fest, dass die Sachbearbeiter*innen viel netter sind als sonst und plötzlich Geld ausgezahlt wird, obwohl es vorher hieß, dass es nicht ginge. Sie trauen sich nicht mehr, so schikanös zu sein, als wenn man da alleine hinkommt. Diesen solidarischen Umgang beim Zahltag würden wir ganz gerne auf andere Bereiche ausweiten. Wir wünschen uns solidarische Stadtteile, die sich zum Beispiel bei Stromsperrungen und Gerichtsvollzieher*innen genauso zu den Betroffenen stellen, wie beim Zahltag.

Deinen Berichten zufolge gibt es hier enorme soziale Probleme. In so einer Situation sind die Repressionsbehörden oft nicht weit. Welche Rolle spielen da die kommunalen Ordnungsämter und die Polizei?

Hier gibt es, wie auch in anderen

Städten, viele rassistische Übergriffe durch die Uniformierten. In Wuppertal haben wir es aber nicht nur mit Polizei oder Bundespolizei zu tun, sondern mit den schlecht bezahlten und ausgebildeten Ordnungsamtskräften, die in ihren Phantasieuniformen den Leuten das Leben schwer machen. Sie gehen hier Straßenmusiker*innen und Migrant*innen an und belästigen Obdachlose. Manchmal sitzen sie auch in irgendeinem Busch und nerven Hundebesitzer*innen.

Besonders frech ist, dass das Ordnungsamt in Wuppertal den Sperrmüll zum städtischen Besitz deklariert hat und bewacht! Menschen, die sich Gegenstände vom Sperrmüll mitnehmen, werden durch Streifen des Ordnungsamtes gejagt und mit Bußgeldern kriminalisiert. Aber auch hier kann man sich zusammenschließen und etwas dagegen unternehmen. Wir feiern z.B. in der Elberfelder Nordstadt seit Jahren auf der Straße Sperrmüllfeste, "wühlen" uns gemeinsam durch den Sperrmüll und versuchen, uns die Ordnungsamtsschergen vom Halse zu halten.

Ich denke, dass viele Probleme besser gelöst werden können, wenn die Verinselung überwunden wird. Solche Angelegenheiten solidarisch anzugehen, macht auch viel mehr Spaß. Sozialen Schieflagen, Verschuldung und Armut können wir nur gemeinsam entkommen, sozusagen in alter gewerkschaftliche Tradition.

Was steht bei euch noch an? Welche Schritte sind euch noch wichtig für die Zukunft?

Es gibt leider viel zu viele Leute, die zwar rechtlichen Anspruch auf Hartz IV hätten, sich aber scheuen oder schä-

men diesen geltend zu machen. Dieses verständliche Gefühl wollen wir verändern. Wir träumen von einem neuen Selbstbewusstsein, dass die Prekärbeschäftigten, Kleinrentner*innen, Rentner*innen usw. deutlich sagen: "Wir wollen keinen dritten oder vierten Nebenjob, sondern das Wenige, das uns zusteht, auch haben." Wir planen daher eine Kampagne, die den rechtlichen Anspruch auf staatliche Transferleistungen bekanntmacht und dabei hilft, diesen auch kollektiv durchzusetzen.

Wir wollen außerdem als Teil der Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch am 20. September einen Aktionstag gegen soziale Ausgrenzung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und rassistische Verhältnisse machen. Dazu wollen wir einige Orte der Ausbeutung und der Entwürdigung besuchen und so die Verantwortlichen mit unserem Widerstand konfrontieren. Wir werden bei den Jobcentern anfangen, zu Gerichtsvollzieher*innen spazieren, zu KiK und Netto, wegen der miserablen Arbeitsbedingungen sowohl hier in den Geschäften wie auch bei den Produzent*innen der Waren in der sogenannten Dritten und Vierten Welt. Ein weiterer Schwerpunkt werden die Stromsperrungen und die Kriminalisierung der sogenannten Schwarzfahrer*innen sein. Wir wollen streiten für einen öffentlichen Nahverkehr, den sich jeder leisten kann und bei dem auch die Busfahrer*innen angemessen bezahlt werden. Außerdem wollen wir die zahlreichen Übergriffe des Wuppertaler Ordnungsamtes gegen Migrant*innen, Straßenmusiker*innen und Obdachlose thematisieren. Mit diesen Besuchen an unserem Aktionstag wollen wir vermitteln, dass Gegenwehr möglich und notwendig ist.

SEMESTERTICKET FÜR ALLE?

Als ab 1991 das Semesterticket an den Universitäten im Bereich des Verkehrsverbund Rhein-Ruhr eingeführt wurde (in Wuppertal 1992), rechnete der VRR damit, dass ein Drittel der Studierenden dieses nutzen würde. Das Prinzip dieses solidarischen Tickets ist denkbar einfach: alle Studierende zahlen das Ticket mit der Einschreibung in jedem Semester, wer will, kann es dann nutzen, mittlerweile zu beliebig vielen Fahrten im ganzen Bundesland, mit dem Semesterticket NRW. Mittlerweile nutzen zwei Drittel der Studierenden den umweltfreundlichen Nahverkehr und lassen das eigene Auto stehen. Schließlich muss man sich weder um Parkplätze, Spritkosten und Reparaturen, noch um Tickets, Waben und Übergangstarife kümmern.

Doch Einfachheit und Preis sind nicht die einzigen Gründe für die so massiv angestiegene Nutzung des ÖPNV. Das Auto verliert derzeit die hohe Akzeptanz, die es noch vor nicht allzulanger Zeit innehatte. Mar-

cus Wittig, Vorstandsvorsitzender der Duisburger Verkehrsgesellschaft, erklärt den Zuwachs von 1,35 Millionen (+2,2 %) Fahrgästen in 2012 in Duisburg so: „Dies ist ein wichtiges Signal und für mich auch Vorbote eines Mobilitätswandels. Dabei ist es unsere Aufgabe, das Verkehrsangebot im Sinne der Daseinsvorsorge an diese Entwicklung anzupassen.“

Während man in Duisburg, einer ähnlich klammen und vom Strukturwandel betroffenen Stadt wie Wuppertal, die Zeichen der Zeit erkennt, verschläft man hier wiederum einen Trend. Junge Menschen kaufen immer seltener ein Auto, die digitale Revolution, die ähnliche dramatische Auswirkung auf unsere Leben haben wird wie die Industrialisierung im 19. Jahrhundert, wird unser Mobilitätsverhalten im 21. Jahrhundert nachdrücklich verändern. Doch der Kämmerer kündigt schon jetzt für 2014 schmerzhaft Einschnitte im Nahverkehr an – gegen jedwede volkswirtschaftliche Logik. Sicher, die Stadt-

werke leiden unter dem Nahverkehr, der mit seinem Defizit von ca. 50 Mio. € im Jahr die Gewinne aus dem teilprivatisierten Energiegeschäft über Gebühr aufzehrt. Aber: in Köln erbringt jeder in den ÖPNV investierte Euro einen Nutzen von 5,30 Euro in Form von weniger Investitionskosten in Straßen, weniger Umweltkosten, weniger Unfallkosten und mehr Arbeitsplätzen. Und wenn wir in der Welt der Studien bleiben, soll auch jene des europäischen ICLEI-Instituts erwähnt werden, das zusammen mit dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) die Kosten des Autos für die Kommunen mit Hilfe einer beispielhaften Untersuchung in Dresden, Stuttgart und Bremen ermittelt hat. Das Ergebnis: im Durchschnitt betragen die ungedeckten Kosten des Autoverkehrs in deutschen Kommunen 2002 145,5 € pro Einwohner. Und der Wuppertaler Nahverkehr? Er kostete die Wuppertaler 2010 138,29 €. Ein deutlich geringeres Defizit. Doch während letzteres auf den Cent genau jedes Jahr ermittelt wird, werden die

Kosten des Autos im Haushalt der Stadt nicht ermittelt. Da ist es nicht verwunderlich, wenn anhand dieser intransparenten Aufschlüsselung der Kosten vom Stadtrat Entscheidung für das Auto und gegen den ÖPNV getroffen werden.

Was also tun? Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie hat da eine bestechende Idee. Gegenwärtig ist der Wuppertaler Nahverkehr auf die Einnahmen aus Strom und Gas angewiesen, doch mit dem ÖPNV am Bein sind die Stadtwerke im politisch gewollten Wettbewerb schlecht aufgestellt. Die Antwort auf diese Finanzierungsfalle: das Bürgerticket. Eine solidarische Form der Finanzierung, vergleichbar dem Semesterticket. Das Prinzip ist dasselbe: alle zahlen, alle können fahren, fahrscheinlos, einfach und umweltfreundlich. Wie in der heterogenen Studierendenschaft helfen die Starken den Schwachen - und die Stadtwerke können mit dem Gewinn aus Gas und Stromverkäufen etwas anderes anfangen. Die Preise senken. Oder die Gewinne in den Haushalt einspeisen. Oder eine Kombination aus beidem: Zum Beispiel mit 15 Millionen Euro die Strompreise sen-

ken und 35 Millionen in das Stadtsäckel einzahlen.

Ein Bürgerticket ist natürlich nicht umsonst zu haben. Es kostet bei einem nicht ausgebauten Nahverkehrsangebot ca. 30 Euro pro Person, ca. 58 Euro pro Haushalt oder ca. 96 € pro sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, je nach Umrechnungsmethode. Zum Vergleich: einen Kleinwagen zu unterhalten kostet 350 € im Monat.

Das Wuppertal Institut rechnet damit, dass das Nahverkehrsangebot, der Klimaschutz und die soziale Teilhabe in Wuppertal durch das Bürgerticket verbessert wird. Darüber hinaus wird es auch im Haushalt der Stadt seine Wirkung entfalten. Weniger Autoverkehr, verfügbare Einnahmen aus dem Energiegeschäft, eine attraktive Stadt für junge und alte Menschen – all das wird sich für Wuppertal und seine Bürger*innen am Ende auszahlen. Denn das 21. Jahrhundert hat gerade erst begonnen.

Weitere Infos unter: <http://www.unsere-wsw.de>



Spatenstich am Döppersberg

JETZT IST DIE KATZE AUS DEM SACK!

DER DÖPPERSBERG-UMBAU KOSTET 35 MILLIONEN EURO MEHR!

Das ehemalige "Leuchtturmprojekt" wird damit auf lange Zeit die finanziellen und damit sozialen Rahmenbedingungen in der Stadt Wuppertal diktieren. Es ist daher höchste Zeit, den unsinnigen Umbau doch noch zu stoppen. Lasst uns über einen Bürgerentscheid beraten!

REMEMBER STRASSENSATZUNG DIE STADT GEHÖRT UNS!

Vierzig Jahre soziale Bewegungen im Tal für Freiräume, Mobilität und Revolte, vierzig Jahre Widerstand gegen Ausgrenzung, Repression und Gängelei. Die Themen sind unverändert die gleichen, sie kommen nur in neuen Maskierungen daher: Wo heute gegen Kürzungen im Nahverkehr und gegen die Kriminalisierung des Schwarzfahrens agiert wird, zogen damals laute und aktive Demos für einen Nulltarif durch Wuppertal, wo heute gegen privates Hausrecht in der Innenstadt protestiert wird, stand damals der Widerstand gegen eine Straßensatzung. Damals flog mensch aus dem «Kaffee Kremer», weil die Haare zu bunt oder zu steil waren; heute kommt der Kommunale Ordnungsdienst (KOD), wenn auf öffentlichen Plätzen 'ne Flasche Bier geköpft wird. Damals geiferten Passanten gegen den Punker*innentreff am Brunnen, heute bleiben sie in sterilen Einkaufsparadiesen direkt unter sich, weil in den Shopping-Malls «unnötiger», also nicht konsumierender Aufenthalt per Hausordnung verboten ist.

Damals wie heute wurde Lokalpolitik nicht für die Menschen in Wuppertal, sondern für Investor*innen und prestigegeile Eliten gemacht. Wo damals für ein Monsterkreuz vielspurige Autobahnen durch einen gewachsenen Stadtteil genagelt wurden und die Totalsanierung des Ölbergs nur durch Widerstand der Bewohner*innen gestoppt werden konnte; wo seinerzeit nach dem Willen der Lokalpolitiker*innen statt der Gedenkstätte «Alte Synagoge» lieber Parkplätze hätten gebaut werden sollen – da werden heute Anteile der Stadtwerke an einen französischen Investor verschauert und zurückgekauft, um einen Prestigeumbau am Döppersberg zu finanzieren, der am Ende der Bauzeit mit 140 Millionen Euro auch noch rund ein Drittel teurer wird als ursprünglich geplant. Außerdem wird ein elitäres Opernhaus saniert, während das Schauspielhaus geschliffen wird. Oder es werden eben Innenstadtbereiche ausverkauft, um 'nem Konzern die Erweiterung seines Konsumtempels zu ermöglichen. Und wo die Lokalpolitik damals für ein Autonomes Zentrum in der «Muno»-Fabrik und anderswo nur Polizeiknüppel übrig hatte, versucht sie heute, religiöse Bedürfnisse und soziale Freiräume gegeneinander auszuspielen.

*Kein weiterer Ausverkauf der Stadt an Investoren! Alle sollen verschwinden!
Keine Erweiterung der ECE-City-Arkaden! Kein weiteres Zubetonieren der Stadt!
Schluss mit der fiesen Gängelei durch den kommunalen Ordnungsdienst!
Aufenthaltsrecht für alle auf allen Plätzen! Der Sperrmüll bleibt frei!
Für Nulltarif! Schluss mit der Kriminalisierung des Schwarzfahrens!
Für ein Recht auf Wohnen und auf Energie für alle!
Stromsperrungen und Zwangsräumungen stoppen!
Freiräume für alle – außer für Nazis! Das AZ auf der Gathe bleibt!*



Heraus zur Demonstration vor der entscheidenden Ratsitzung am 18. November 2013!

Zur Einstimmung die Rede des Freundeskreises Mina Knallenfalls vom 30. Juni 2024

Liebe Wuppertaler*innen

Wir sind sehr erfreut, heute den Spatenstich für den neuen Döppersberg vornehmen zu dürfen. Darauf haben wir Wuppertaler*innen 90 Jahre gewartet. Vor zehn Jahren hat ein Bürgerentscheid kurz vor der Kommunalwahl den skandalös unsozialen Umbau des Döppersberg gestoppt. In einer wunderbaren Zukunftswerkstatt entwickelte die Bevölkerung mit ihrem gesammelten Wissen die Vision eines sozialen und ökologischen Döppersberg. Voller Begeisterung stehen wir heute hier, um diese Stadtplanung von unten mit dem nächsten Bauabschnitt zu beginnen. Der neue Döppersberg wird ein wahres Juwel und ist schon jetzt ein Leuchtturm für Selbstermächtigung und Selbstorganisierung. Sehen Sie selbst:

Vor uns erstreckt sich die neue „Husch-Husch-Arena“ für nichtkommerzielle rotzfreche Asphaltkultur mit dem neuen Husch-Husch-Denkmal. Es soll an die Widerständigkeit der Wuppertaler Armen und Widerspenstigen erinnern, die sich schon immer dem Zugriff der kapitalistischen Normalität entzogen haben. Wir erinnern insbesondere an Husch-Husch alias Peter Held, dem wir das Denkmal namentlich widmen. Er war sogenannter Stadtreicher, er wurde von den Polizeibehörden und den Nazis verfolgt und ins Gefängnis gesperrt. Er starb nach dem Krieg in der „Irenanstalt“ Galkhausen.

Zur Linken finden Sie das neue Wuppertal-Institut. Dort wird seit zehn Jahren an einer sozial gerechten und ökologischen Stadtökonomie gearbeitet. In der großen Krise 2017 entwickelte sich massenhaft das Be-

dürfnis nach einer sozialgerechten und ökologischen Stadtentwicklung. Seit dieser Zeit ist der öffentliche Nahverkehr umsonst. Der Wuppertaler Arbeitsmarkt wurde komplett umgekrempelt: Die erwerbslosen Wuppertaler*innen waren es satt, in Ein-Euro-Jobs von den sogenannten Wohlfahrtsverbänden ausgebeutet zu werden. Verdi, die FAU und die IG-Metall setzten Mindestlöhne von 10 Euro und eine Wochenarbeitszeit von 30 Stunden durch; Leiharbeitsfirmen wurden geschlossen und in Zusammenarbeit mit dem Wuppertal-Institut wurde der Umbau der Automobilzuliefererindustrie vorangetrieben. Seit dieser Zeit sind u.a. die Solarbusse und -schwebebahnen made in Wuppertal weltweit äußerst beliebt.

Auch das Jobcenter macht den Wuppertaler*innen keine Angst mehr. Im November 2017 wurde Hartz IV abgeschafft und schrittweise ein Existenzgeld von 1000 Euro (zuzüglich Miete und Energiekosten) ohne Arbeitszwang eingeführt. Seit dieser Zeit florieren selbstorganisierte Stadtteilprojekte. Die Mitarbeiter*innen der Jobcenter arbeiten seitdem erfolgreich bei der Steuerfahndung.

Im ehemaligen KÖBO-Haus an der Platte gibt es seit 2014 in der ehemaligen Polizeiwache ein großes Medi-Zentrum für die freie Gesundheitsversorgung aller. Hier arbeiten seit dem großen Streik der Ärzt*innen, Krankenpfleger*innen und Physiotherapeut*innen im Jahr 2014 alle Angehörigen der Gesundheitsberufe gleichberechtigt, halbtags und mit einer angemessenen Vergütung. Selbstverständlich werden alle gesellschaftlich bedingten Süchte behandelt. Die ärztlich kontrollierte Abgabe von Heroin gehört genauso dazu wie die therapeutische Behandlung von Workaholics.

In der ehemaligen Bundesbahndirektion ist übrigens neben der Gedenkstätte für die Wuppertaler deportierten Juden und Jüdinnen die neue Friedrich-Engels-Gesam(hoch)schule eingezogen. Der Kampf für die Zerschlagung des viergliedrigen Schulsystems war sehr hart. Trotz finnischer Entwicklungshilfe zog sich der Kampf gegen das deutsche Gymnasium bis 2017 hin. Das ehemalige Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium, die heutige 13. Spartakus-Gesamtschule, fiel erst nach vierjähriger Belagerung. Burschenschaftler und ehemalige Schüler*innen hatten sich bis zuletzt an die Amo Breker-Statue angehängt und kämpften letztlich erfolglos um ihre Privilegien.

Nach dem Bildungstreik 2017 wurde das viergliedrige Schulsystem schrittweise abgeschafft und durch eine Schule für alle ersetzt. Sonderschulen und Gymnasien wurden verboten. Seit dieser Zeit gibt es auch einen kostenlosen Mittagstisch für alle Schüler*innen. Die Universität, die hier am Döppersberg einen lichtdurchflutenden Hörsaal errichtet hat, wurde nach mehrmonatiger

Besetzung zur Friedrich-Engels-Gesam(hoch)schule. Dort studieren jetzt ohne Zugangsbeschränkungen alle Altersgruppen ohne Studiengebühren und ohne Zeitdruck, denn Bachelor und Master wurden sofort abgeschafft.

Der scheußliche Tunnel zur Rechten wird genauso wie die Wupper wieder zum Eldorado des Wassersports. Nach seiner Flutung können im Bootshaus in der ehemaligen Wache des Bundesgrenzschutz Gondeln und Elektroboote ausgeliehen werden. Der Döpps-Kanal mit seinem Wildwasser wurde bis zum Mina Knallenfalls-Museum (dem ehemaligen Uhrhaus Abeler) in der Poststrasse ausgebaut. Der Tauchclub „Otto Böhne“ bietet stadarchäologische Tauchkurse an.

Spaß bei Seite...

Wir wollen diesen Döppersberg-Umbau nicht! Wir wollen diese Verschleuderung von Millionen Euro nicht, weil gleichzeitig Sozialprojekten das Wasser abgegraben wird. Statt der Kürzungen im Sozialbereich fordern wir eine soziale Infrastruktur und kostenfreie Gesundheitsversorgung für alle! Mit Beschäftigten, die von ihrer sinnvollen Arbeit gut leben können und nicht in Euro-Jobs und in anderen prekären Arbeitsverhältnissen ausgebeutet werden. Wir brauchen in Wuppertal auch keine neuen Bürotürme und Einkaufszentren. Die gibt es nämlich schon und stehen seit Jahren leer.

„Uns gehört die Stadt“, diese alte Parole aller sozialen Kämpfe gilt es wieder zu beleben. Gegenwehr und Aufbau neuer solidarischer Strukturen gehören zusammen.

„Wir bitten niemandem um etwas, vielmehr erschaffen wir hier und jetzt unsere kreative Aufsässigkeit, indem wir so weit wie möglich die Momente und Räume ausweiten, in denen wir sagen: Nein, wir beugen uns nicht den Anforderungen des Kapitals, wir werden etwas anderes machen, wir werden die Selbsthilfe fördern, die Kooperation, die Erschaffung gegen das Kapital. Es ist nicht leicht, es ist nicht offensichtlich, aber dies ist die Richtung, in die wir uns bewegen müssen, die wir erkunden müssen. Mit Wut, aber mit einer Wut, die andere Perspektiven eröffnet, die andere Dinge erschafft, eine Wut der Würde.“ (aus dem Grußwort von John Holloway)

Auf diese Wut vieler Wuppertaler*innen setzen wir. Selbstorganisierung und Selbstermächtigung sind auf lange Sicht die einzige Perspektive, den Zumutungen des kapitalistischen Normalzustandes zu entfliehen und etwas Neues aufzubauen!

Fangen wir damit beim Döppersberg an!

TERMINE:

17. SEPTEMBER

2. Vollversammlung des Bündnisses zur Vorbereitung der Anti-Naziaktionen
Tacheles (Trasse) – 19 Uhr

18. SEPTEMBER

Wer steckt hinter der "Rechten".
Infoveranstaltung
Alte Feuerwache (Gathe) – 19 Uhr

19. SEPTEMBER

Antifa-Vollversammlung
AZ Wuppertal – 19 Uhr



**KEIN
ORT FÜR
NAZIS**

wuppertal-gegen-nazis.de

IMPRESSUM:

Vi.Sd.P.:
Hedwig Igstedter
Bachstr. 19
42275 Wuppertal

AUFRUF ZUR GEDENKDEMONSTRATION AM 9. NOVEMBER 2013

80. Jahrestag der antijüdischen Pogrome in Wuppertal Antifaschistische Gedenkdemo für die Opfer des Nationalsozialismus

Nichts und Niemand ist vergessen! Die Pogrome vom 9. bis zum 11. November 1938 in Wuppertal

Wie überall im Deutschen Reich wurden zwischen dem 9. und 11. November 1938 auch in Wuppertal neben der Zerstörung der Synagogen und Betsäle, zahlreiche jüdische Geschäfte und Privatwohnungen teilweise am heiligsten Tag verwüstet und geplündert.

Die Täter brauchten nicht den Schutz der Nacht. Wenn die jüdischen Einrichtungen nicht restlos abbrannten, kamen sie bis zu dreimal an den Tatort wieder. Am 10. November um 4:00 Uhr brannte die Synagoge an der Genügsamkeitsstraße, um 8:00 Uhr wurde die Barmer Synagoge angezündet. Um 18:00 Uhr kamen die Brandstifter wieder in die Genügsamkeitsstraße und legten erneut Feuer. Die Friedhofskapellen am

Weinberg und an der Hugostrasse brannten schließlich um 20:00 Uhr. Das Bettengeschäft Sigismund Alsborg in der Berliner Straße wurde dreimal angesteckt. Kissenbezüge und Betten wurden geraubt. Die Herzogstraße und die Königstraße in Elberfeld waren mit Waren und mit zertrümmerten Gegenständen aus jüdischen Geschäften übersät, auch die Textilhandlung Wolf & Heimann wurde geplündert. In der Grünstraße waren ganze Wohnungseinrichtungen aus dem Haus geworfen worden, in der Elberfelder Wortmannstraße wurde ein Auto in Brand gesetzt. Die Täter, unter ihnen der SS-Mann und Versteigerer Bruno Koepchen, fuhren mit der Kraftdroschke vor. In der Herzogstraße warfen sie beim Schuhhaus Tack und ande-

ren jüdischen Geschäften mit Flaschen die Schaufensterscheiben ein. Der Fahrer brachte sie nach kurzem Zwischenstopp in der Kreisleitung der NSDAP zur Synagoge in die Elberfelder Genügsamkeitsstraße. „Die Herren stiegen aus und begaben sich zur Synagoge. Da sie durch das Hauptportal nicht in die Synagoge hinein konnten, gingen sie von der Seite aus, durch den dort befindlichen Eingang in die Synagoge. Nach einiger Zeit sah ich dann, dass die Synagoge brannte.“

Die Zerstörungen mussten die Juden per „Sühneabgabe“ selber zahlen. Insgesamt 1 Milliarde Reichsmark mussten reichsweit für die „Judenvermögensabgabe“ zum Ausgleich der Schäden aufgebracht werden. Die Finanzämter „gewährten“ Ratenzahlungen, die in fünf Raten eingezogen wurden. Wer jetzt noch auswandern konnte, musste auch den Rest

seines Vermögens den deutschen Finanzämtern überlassen. Nach der Pogromnacht wurden 125 jüdische Männer aus Wuppertal in die Konzentrationslager Dachau und Sachsenhausen verschleppt. Die Bilanz des Pogroms, das am 10. November offiziell für beendet erklärt wurde, war erschreckend: Über tausend Synagogen waren abgebrannt, mindestens 8000 jüdische Geschäfte zerstört sowie zahllose Wohnungen verwüstet. Zwischen 90 und 100 Juden waren erschlagen, niedergestochen oder zu Tode geprügelt worden. Hinzu kamen Millionenschäden an zerstörten Geschäftseinrichtungen und Schaufensterscheiben. Das alles wurde im Volksmund bald mit dem Begriff „Reichskristallnacht“ verhamlost.

Die Verbrechen der Nationalsozialisten mahnen - "Erinnern heißt handeln!" (Esther Bejarano)

12:00 Uhr Treffpunkt vor den City-Arkaden

TERMINE:

20. SEPTEMBER

Aktionstag gegen soziale Ausgrenzung, prekäre Arbeitsverhältnisse und Rassismus mit Ausflügen u.a. zur WSW (wg. der Stromsperrern), zu Gerichtsvollziehern, zu KIK und zum Ordnungsamt...
Start vor dem Jobcenter am Barmer Bahnhof – ab 10 Uhr

20. SEPTEMBER

Antifaschistische Vorabenddemo zu dem Nazihaus in der Elberfelder Südstadt
Holzerstr./Ecke Weststr. – 18 Uhr

21. SEPTEMBER

Kundgebung und Aktionstag gegen das Nazipack, Konzert mit Microphone Mafia, anschl. Wandergruppen zur Route der Nazidemo! Immer schön beweglich bleiben...
City-Arkaden & Kirchplatz – 10 Uhr

9. NOVEMBER

80. Jahrestag der antijüdischen Pogrome in Wuppertal
Antifaschistische Gedenkdemo für die Opfer des Nationalsozialismus
City-Arkaden – 12 Uhr

18. NOVEMBER

Protestaktion gegen die Finanzierung des Döppersberg-Umbaus
Rathaus Barmen – 16 Uhr

NAZIS IM STADION

Interview mit einer Aachener Ultra-Gruppe über ihre Auseinandersetzung mit Nazis im Fußballstadion

Ihr seid von einer Aachener Ultra-Gruppe, euer Ding ist also Fußball und ihr wollt euren Verein unterstützen. Jetzt hört mensch oft, dass im Stadion eher gesagt wird: „Fußball - das hat nichts mit Politik zu tun“ oder dass dort sogar eher eine rechte Stimmung herrscht.

Wie kam es denn bei euch dazu, dass ihr euch gegen die Nazis von der „Karlsbande“ (rechte Aachener-Ultra-Gruppierung, unter denen Mitglieder der verbotenen „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) geduldet sind) gestellt habt?

Leider gehört Alemannia Aachen zu den Vereinen die schon seit Jahrzehnten durch eine rechtsoffene bis rechte Fanszene geprägt sind. Nazikader wie Sascha Wagner (NPD Funktionär), Eric Troche (Nationaler Widerstand Dortmund) oder André Plum (Spitzenkandidat Die Rechte NRW, ehemalig KAL) wurden beispielsweise durch Alemannia Aachen politisiert und konnten sich über die Aachener Fanszene weiter vernetzen und neue junge Menschen "rekrutieren". Wir mussten beobachten wie dies auch bei der Karlsbande (KBU) der Fall war und dort nach und nach Kleidung mit rechter Symbolik wie Thor Steinar und Musik von Kategorie C immer populärer wurden. Kontakte in die rechte Szene wurden ebenfalls ausgebaut und Mitglieder der KAL sowie Menschen aus Anti-Antifa Strukturen waren auf Auswärtsfahrten in Bussen und Zügen der KBU gerne gesehen. Uns war klar, dass wir bei diesem

Prozess nicht tatenlos zuschauen können und somit versuchten wir auf bestehende Probleme aufmerksam zu machen um den Faschist*innen die Bedingungen für ihr wichtigstes Rekrutierungsfeld in Aachen zu erschweren.

Wie entwickelte sich die Situation über die Zeit? Wie bereits erwähnt lässt sich seit der Gründung der Karlsbande im Sommer 2010 eine zunehmende Politisierung von Rechts in der Aachener Fanlandschaft beobachten.

Dies erstreckt sich von den Althooligans der "Alemannia Supporters" (Sascha Wagner ist hier Mitglied) über die Hooligans "Westwall/Westfront" (hier gibt es einige Mitglieder, die sowohl diesen Hooligangruppen zugehörig, aber auch im KAL-Spektrum zu verorten sind) bis hin zu den Ultras der Karlsbande, betrifft aber auch Teile der unorganisierte Fans. Wir versuchten dem beispielsweise durch Aufklärung über Diskriminierung in unseren Spieltagsflyer, aber auch auf anderen Ebenen (Workshops, Diskussionsrunden oder Veranstaltungen) entgegenzuwirken. So fand im Dezember 2011 eine Lesung des Journalisten und Buchautors Ronny Blaschke zum Thema "Angriff von Rechtsaußen" statt. Neonazis und Mitglieder der Karlsbande, die gemeinsam die Veranstaltung besuchen wollten, mussten damals der Veranstaltung verwiesen werden. In Folge dessen griffen uns nur wenige Tage später, beim nächsten Spiel von

Alemannia Aachen die Althooligans aber auch Teile der Karlsbande Ultras während des Spiels an. Dies stellt den Anfang der physischen Auseinandersetzung dar, welche bis heute anhält. Es folgten zahlreiche weitere Angriffe, Hausbesuche und Bedrohungen, die dazu führten, dass wir uns durch das Klima der Angst immer weiter von Alemannia Aachen distanzieren und letztendlich unsere Aktivitäten im Stadion einstellen. Nicht zuletzt fehlende Unterstützung seitens des Vereins, aber auch von anderen Alemannia Aachen Fans veranlasste uns zu dieser schmerzhaften Entscheidung.

Wie hat der Verein, bzw. die Fanbeauftragten reagiert?

Für den Angriff auf unsere Gruppe durch die Althooligans im Dezember 2011 erteilte der Verein wenige Stadionverbote, welche mittlerweile ausgelaufen sind. Im Gegenzug erhielten aber auch mehrere Menschen aus unseren Zusammenhängen Stadionverbote auf Bewährung, weil sie sich verteidigen mussten.

Generell wurde die Problematik zu jedem Zeitpunkt vom Verein kleingedredet und hohle Phrasen gegen Extremismus gedroschen. Es wurde immer wieder versucht, den Konflikt zu entpolitisieren. Nach außen hin wurde es stets so dargestellt, als gäbe es „nur“ eine Auseinandersetzung zwischen zwei Fangruppen. Die politische Dimension wurde bewusst verschwiegen. Ein „Nazi-Problem“ wollte die Alemannia zu keinem Zeitpunkt einräumen.

Nach dem wohl größten Angriff gegen unsere Gruppe beim Auswärtsspiel in Saarbrücken erließ der Verein ein "Gruppenverbot" gegen die Karlsbande, welches das Zeigen von Symboliken und Namen der KBU

(z.B. auf Fahnen) bei Heimspielen untersagt. Allerdings sind Kleidungsstücke von diesem Verbot ausgenommen und in mindestens einem Fall wurde dieses Verbot klar gebrochen, ohne dass dies weitere Konsequenzen nach sich gezogen hätte. Grund hierfür ist sicherlich auch die enge Verwurzelung der Fanbeauftragten in der Fanszene aus der sie schließlich selbst stammen. Ein Huhn pickt einem anderen kein Auge aus.

Gab es Solidarität von anderen Fans? (wenn ja wie, wenn nein was glaubt ihr warum)

Diese Frage lässt sich mit einem klaren Ja beantworten. Überregional wurde das Problem schnell als solches erkannt und eine Vielzahl an Fans und Ultra-Gruppierungen zeigten sich solidarisch mit unserer Situation. So schrieb beispielsweise die Ultra-Gruppe "Racaille Verte" aus Bremen - Alemannia Aachen einen ausführlichen offenen Brief auf den ebenso wenig reagiert wurde, wie auf ein Beratungsangebot seitens des Präsidiums von Werder Bremen. Zudem gab es etliche E-Mails und Solidaritätstransparente aus den unterschiedlichsten Fanszenen von Berlin bis Lissabon. In Aachen selbst sieht die Situation leider anders aus und viele Fans taten es dem heiß geliebten Herzensverein gleich und spielten das Ganze zu einem "Streit zwischen zwei Ultra-Gruppen" herunter. Über Gründe hierfür lässt sich nur spekulieren, allerdings sind rechte Strukturen bei Alemannia Aachen über Jahrzehnte gewachsen. NPD-Führungskader gehören faktisch zur „Alemannia Familie“, das Publikum galt über Jahre als „ruppig“, weil die Schmähsänge in Aachen besonders unter die Gürtellinie gingen (bzw. besonders diskriminierend waren)

und mit diesem Image kann sich ein Großteil der Fans ganz gut identifizieren. Wenn dann in den Jahren 2009 – 2013 eine Gruppierung versucht, auf diese Missstände und jahrelangen Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen, dann gilt diese schnell als Fremdkörper und muss entfernt werden. Ein urdeutscher Reflex. Nun wo wir aus dem Stadion verschwunden sind, kann ohne schlechtes Gewissen diskriminiert werden und die alten Strukturen bleiben erhalten. Fatal!

Ihr musstet euch aus dem Stadion zurück ziehen. Was habt ihr jetzt für eine Perspektive?

Eine Ultra-Gruppierung setzt sich generell aus Menschen mit vielen verschiedenen Kenntnissen und Fertigkeiten zusammen. Es gibt Menschen, die besonders kreativ sind, andere sind sehr an Netzwerk- oder Bündnisarbeit interessiert, eine weitere Person bringt kritische Gedanken zu den verschiedensten aktuellen Themen zu Papier und einer weiteren liegt viel an Bildungs- und Jugendarbeit. Diese und viele weitere Facetten können auch ohne einen Fußballverein ausgelebt werden.

Es gibt weiterhin viele Themen und Entwicklungen, die wir im Auge behalten und wo wir, wenn wir es für richtig halten intervenieren werden. Denn wir sind auch weiterhin im Aachener Stadtbild vertreten und werden auch in Zukunft das Thema Diskriminierung beim Fußball nicht aus den Augen verlieren.

Vielleicht gibt es ja auch irgendwann die Möglichkeit für eine Rückkehr zum Fußball, sei es bei Alemannia Aachen, einem selbständig gegründeten Verein oder einem Verein, der sich emanzipatorischen und progressiven Ansätzen und Gesichtspunkten nicht verschließt. Wir werden sehen.